



Presseschau vom 21.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb von EU und Nato an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine

Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Wassili Kaschin: Die Trennung vom Westen hat Russland in die Arme Chinas getrieben – so wird es weitergehen

Der Westen hat Russland aufgrund dessen Vorgehen in der Ukraine mit enormen Sanktionen belegt. Wie könnte Moskau längerfristig darauf reagieren? Eine engere Zusammenarbeit mit Peking scheint der plausibelste Ausweg zu sein, aber mit welchen Folgen? ...

<https://kurz.rt.com/2vii> bzw. [hier](#)

Maria Müller: Venezuela: Loyalität mit Russland und Ölgeschäfte mit den USA

Venezuela hatte nach einem Treffen mit Regierungsvertretern der USA Anfang März in Caracas signalisiert, dass es sehr an einem Neustart in den Beziehungen zu Washington interessiert sei. Allerdings nicht um den Preis des Verrats an seinen stabilen Partnern Russland und China. ...

<https://kurz.rt.com/2vm1> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: Vom Klimaaktivisten zum Beschaffer fossiler Energie – Krieg holt Habeck auf den Boden der Realität

Die Politik des Hypermoralisierens ist nur so lange denkbar und einfach, wie sie nicht gelebt werden muss. Die Beteiligung der "Grünen" an der Regierung – und vor allem der Ukraine-Krieg – haben jedoch auch Die Grünen schon auf den Boden der Realität zurückgeworfen. ...

<https://kurz.rt.com/2vm9> bzw. [hier](#)

Isaak Funke: Bedroht der Ukraine-Krieg Ankaras Balanceakt zwischen dem Westen und Osten?

Seit einigen Jahren fährt die türkische Regierung, getrieben vom Selbsterhaltungsdrang, eine Multivektoren-Außenpolitik. Ankara versucht, westliche und östliche Großmächte gegeneinander auszuspielen, um Handlungsraum für die Türkei zu schaffen. Doch der Ukraine-Krieg könnte diese Strategie bedrohen. ...

<https://kurz.rt.com/2vmc> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

0:08 (22:08) novorosinform.org: **Historische Wahl oder Tribunal: Das russische Verteidigungsministerium appellierte an die Führung von Mariupol**

Die Behörde bot den Verantwortlichen der Stadt an, sich an die Seite der Menschen zu stellen und ihr Leben zu retten.

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation appellierte an die Führung der Stadt Mariupol, sich auf die Seite des Volkes zu stellen. Dies sagte Generaloberst Michail Misinzew, berichtet ‚Readovka‘.

„Sie haben jetzt die Möglichkeit, eine historische Wahl zu treffen – entweder Sie sind mit Ihrem Volk oder Sie sind mit den Banditen, im ersten Fall behandelt das Militärtribunal, das Sie erwartet, nur das, was Sie bereits verdient haben“, sagte er.

Der Vertreter des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation erinnerte daran, dass sich die Behörden der Stadt bereits mit ihrer abscheulichen Haltung gegenüber ihren eigenen Bürgern und organisierten Provokationen befleckt haben. Wenn es also gelinge, die Verantwortlichen lebend zu bekommen, würden sie vor ein Tribunal gestellt.

Die evakuierten Bewohner von Mariupol bezeugen bereits die kriminellen Handlungen der

Stadtverwaltung.



https://novorosinform.org/content/images/14/18/41418_720x405.jpg

0:52 (22:52) iz.ru: **Das russische Verteidigungsministerium gab bekannt, dass die Nazis mehr als 4,5 Millionen Menschen in der Ukraine festhalten**

Mehr als 4,5 Millionen Zivilisten werden von Neonazis in der Ukraine als menschliche Schutzschilde benutzt, darunter 6838 ausländische Staatsbürger aus 18 Staaten. Dies wurde am Sonntag, dem 20. März, vom Leiter des Nationalen Verteidigungskontrollzentrums der Russischen Föderation, Generaloberst Michail Misinzew, bekanntgegeben.

„Trotz der täglichen Öffnung humanitärer Korridore halten ukrainische Neonazis weiterhin mehr als 4,5 Millionen Zivilisten in Kiew, Charkow, Tschernigow, Sumy und mehr als zwei Dutzend anderen blockierten großen Siedlungen sowie 6838 ausländische Bürger aus 18 Ländern als menschliche Schutzschilde fest“, sagte er.

Zuvor hatte Misinzew am 18. März berichtet, dass die Nationalisten auf den Ort der Verteilung humanitärer Hilfe in Charkow geschossen und in Sewerodonezk die lokale Bevölkerung gewaltsam um besetzte Wohngebäude gebracht und Bürger erschossen hätten, die sich weigerten, ihre Unterkünfte zu verlassen.

Misinzew sagte, dass in Tschernigow Militante nationalistischer Bataillone unter Androhung physischer Repressalien der lokalen Bevölkerung die letzten Lebensmittel weggenommen hätten, einschließlich derjenigen, die als humanitäre Hilfe verteilt worden seien.

Am selben Tag wurde bekannt, dass beim Beschuss des Kotschi Lopan durch ukrainische Sicherheitskräfte in der Region Charkow sieben Menschen getötet und sechs verletzt wurden, darunter ein Kind. ...



<https://cdn.iz.ru/sites/default/files/styles/900x506/public/news-2022-03/DK105547.JPG.jpg?itok=IxrMGh6>

vormittags:

8:44 (6:44) novorosinform.org: **Ex-Berater von Trump räumte die Gefahr amerikanischer biologischer Labors in der Ukraine ein**

In einem Interview mit Real Americas Voice bemerkte der ehemalige US-Präsidentschaftsberater Roger Stone, dass Russlands Vorgehen in der Ukraine defensiver Natur sei.

Roger Stone räumte ein, dass die Aktivitäten amerikanischer Labors in der Ukraine wirklich eine Gefahr für Russland und das russische Volk darstellen. Er betonte, dass die Aktionen der russischen Streitkräfte gegen die ukrainischen bewaffneten Formationen defensiver Natur seien, berichtet Russia Today.

„Tatsächlich gibt es dort Biolabors, die von unseren Steuern finanziert werden und Gott weiß was für eine Seuche sie vorbereiten, um sie auf das russische Volk loszulassen“, sagte der Ex-Berater.

Stone erklärte, dass Russlands Spezialoperation in der Ukraine darauf abziele, die Sicherheit des russischen Staates vor äußeren Bedrohungen zu gewährleisten.

„Putin handelt defensiv, er handelt nicht offensiv. Aber Sie werden in den Mainstream-Medien nichts darüber lesen“, sagte Roger Stone.



https://novorosinform.org/content/images/14/28/41428_720x405.jpg

6:51 de.rt.com: **Imran Khan: Pakistan wird sich Druck des Westens nicht beugen**

Pakistans Premier prangert wiederholt ausländische Mächte an, die sein Land unter Druck setzen, die Beziehungen zu Russland wegen der Militäroperation in der Ukraine abubrechen. Er werde weiterhin Entscheidungen zum Wohle des Landes und seiner Bürger treffen, so Khan.

"In diesen dreieinhalb Jahren haben wir nur versucht, Pakistan zum Wohlstand zu verhelfen", sagte der pakistanische Premierminister Imran Khan über seine Regierungspartei Pakistan Tehreek-e-Insaf am Sonntag in der Stadt Dargai bei einer öffentlichen Veranstaltung. Khan begründete seine Weigerung, sich dem internationalen Appell zur Verurteilung Russlands für seinen Militäreinsatz in der Ukraine anzuschließen. Er erklärte, dass Pakistan nichts gewonnen hätte, wenn es der Forderung nachgekommen wäre. Ausländische Diplomaten von rund zwei Dutzend Vertretungen, darunter EU-Länder sowie Japan, die Schweiz, Kanada, Großbritannien und Australien, hätten mit ihrer entsprechenden Forderung in einem Brief vom 1. März "das Protokoll verletzt", fügte er hinzu. Der pakistanische Regierungschef hob hervor:

"Ich habe mich niemandem gebeugt und werde auch nicht zulassen, dass sich mein Volk beugt."

Imran Khan muss sich in dieser Woche einem Misstrauensvotum stellen, da er seine parlamentarische Mehrheit nach mehreren Übertritten seiner Partei verloren hat. Laut der Express Tribune beschimpfte der Premierminister den Oppositionsführer in der Nationalversammlung Shehbaz Sharif direkt und behauptete, dieser "poliere Stiefel, wenn er einen weißen Mann im Anzug sieht".

"Ich habe einen Eid geschworen, dass ich mich niemandem außer Gott beugen werde", wiederholte Khan. Er führte den von den USA geführten globalen Krieg gegen den Terror als Beispiel für eine vom Westen erzwungene politische Entscheidung an, die Pakistan letztlich nichts als Leid gebracht habe und betonte:

"Wir wurden Teil von Amerikas Krieg gegen den Terror in Afghanistan und haben 80.000 Menschen und 100 Milliarden US-Dollar verloren."

Pakistan ist unter zunehmenden Druck des Westens geraten, Russland öffentlich anzuprangern und sich von ihm zu distanzieren. Islamabad hatte sich bei einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen, in der Moskaus Militäraktion gegen Kiew verurteilt wurde, der Stimme enthalten und sich stattdessen gemeinsam mit 34 weiteren Ländern, darunter China, Südafrika und Indien, neutral verhalten.

Obwohl er die indische Regierung unter Premierminister Narendra Modi lautstark kritisiert, zollt Khan dem Nachbarland Anerkennung dafür, dass es "unabhängige Entscheidungen im Interesse seiner Bürger trifft".

Auch Indien sieht sich internationalem Druck und Kritik ausgesetzt, weil es sich neutral verhält und einen pragmatischen Ansatz verfolgt, um die Energiesicherheit des Landes zu gewährleisten. Neu-Delhi kauft weiterhin Öl aus Russland, das momentan zu ermäßigten Preisen erhältlich ist, da einige Länder aus Angst vor Vergeltungssanktionen seitens der USA auf Handel mit Russland verzichten.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen.

Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62380b75b480cc179478b0b3.jpg>

7:48 Telegram-Kanal von Dimitri Medwedew: **Zwei Sonntagsnachrichten, die mich morgens mit Energie versorgen.**

1. Selenskij hat endlich die Feinheiten wahrer Demokratie herausgefunden.

Der demokratischste Präsident der modernen Ukraine hat einen weiteren Schritt in Richtung der westlichen Demokratieideale getan. Auf Beschluss des Rates für Nationale Verteidigung und Sicherheit hat er jegliche Tätigkeit von Oppositionsparteien auf dem Territorium der Ukraine vollständig verboten. Sie werden nicht benötigt! Gut gemacht! Weiter so!

2. Nicht weniger erfreut hat mich ein europäischer Minister, der die Bürger aufforderte, weniger Fleisch zu essen, um Russland und die russische Führung zu besiegen.

„...Weniger Fleisch zu essen wäre ein Beitrag zum Kampf gegen Putin“, sagte der Leiter des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Und er selbst ist Vegetarier. Recht so. Es ist an der Zeit, die nationalen Gewohnheiten der Deutschen zu ändern!

Nieder mit Fleisch und Wurst!

9:48 (7:48) novorosinform.org: **Der Kommandant der „Mrija“ beschuldigte die Führung von „Antonow“ der Zerstörung ukrainischer Flugzeuge**

Dmitrij Antonow, der für die Besatzung der An-225 Mrija verantwortlich ist, sagte, dass sich das Management des Staatsunternehmens „Antonow“ geweigert habe, ukrainische Flugzeuge auf Vorschlag der NATO nach Leipzig zu verlegen.

Dmitrij Antonow hat im Internet ein Video veröffentlicht, in dem er die Führung des Staatsunternehmens „Antonow“ für den Verlust der ukrainischen Flugzeuge auf dem Flugplatz Gostomel verantwortlich macht. Er bemerkte, dass die NATO am 25. Januar dieses Jahres angeboten habe, die ukrainischen Flugzeuge nach Leipzig zu verlegen, aber anstatt sie zu verlegen, habe die Unternehmensleitung Mitarbeiter dorthin geschickt, um das Büro des Unternehmens auszustatten.

Laut dem [Telegram-Kanal „New kobzar“](#) hat die Führung des Staatsunternehmens „Antonow“ bereits angekündigt, dass Dmitrij Antonow wegen Hochverrats angeklagt werden soll.



https://novorosinform.org/content/images/14/33/41433_720x405.jpg

7:55 de.rt.com: **Kiew lehnt Moskaus Vorschlag über Schutz der Zivilbevölkerung Mariupols ab**

Das am Sonntagabend von Russland unterbreitete Angebot, die Stadt Mariupol aufzugeben, um ihre Zivilbevölkerung zu schonen, wurde von der ukrainischen Seite ausgeschlagen.

Moskau hatte gefordert, dass Kämpfer der paramilitärischen Nazi-Bataillone, Personal der regulären ukrainischen Streitkräfte und nicht zuletzt ausländische Söldner und Freiwillige unter Niederlegung ihrer Waffen auf Gebiete unter Kiews Kontrolle abziehen sollen.

Im Gegenzug hatte das russische Verteidigungsministerium am Sonntagabend angekündigt, am Montag für die Zivilbevölkerung der umkämpften Stadt Mariupol ab zehn Uhr morgens

Moskauer Zeit humanitäre Korridore eröffnen zu wollen. Diese sollen nach Osten wie auch nach Westen (nach Absprache mit Kiew) aus der Stadt führen. Es wurde ausdrücklich angeboten, nach einer Waffenniederlegung das Personal des ukrainischen Militärs, rechtsextremen Paramilitärs sowie ausländische Freiwillige und Söldner aus der Stadt abzuziehen. Dies hätte im Zeitabschnitt von zehn bis zwölf Uhr geschehen sollen. Zugehörigen der genannten militärischen und paramilitärischen Gruppen wurde der Lebenserhalt garantiert.

Anschließend sollten humanitäre Hilfskolonnen in die Stadt gelassen und die Bewohner, die sie nicht selber verlassen können, evakuiert werden.

Vertreter der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie des Internationalen Roten Kreuzes wurden ausdrücklich zum Begleiten dieser humanitären Aktion vor Ort eingeladen.

Das russische Verteidigungsministerium hatte sich gleichzeitig an die Zuständigen in Kiew und an die Stadtverwaltung von Mariupol gewandt. Von Kiew wurde eine Rücknahme der zuvor erteilten Befehle verlangt, die von den sogenannten Verteidigern der Stadt das Standhalten bis zum Tod forderten. Der Stadtverwaltung wurde folgender Hinweis gegeben: "Ihr habt jetzt das Recht, eine geschichtsträchtige Wahl zu treffen: Entweder seid ihr mit und bei eurer Volke oder aber mit Banditen. Dann ist das Kriegstribunal nur ein kleiner Teil dessen, was ihr euch bereits verdient habt."

Erinnert wurde an von den Stadtverteidigern begangene Verbrechen an der Zivilbevölkerung der Stadt und Provokationen wie die Sprengung einer Kindertagesstätte, zweier Schulen, einer Geburtsklinik und eines Schauspielhauses. Russlands Militär hatte eine schriftliche Antwort auf sein Angebot bis fünf Uhr morgens gefordert.

Auf dieses Angebot reagierte die Vize-Ministerpräsidentin der Ukraine Irina Wereschtschuk mit Ablehnung:

"Es kann von keiner Aufgabe der Stadt oder Waffenniederlegung die Rede sein.

Wir haben die russische Seite bereits darüber unterrichtet."

Ebenfalls seien die UN und das Internationale Rotkreuzkomitee von dieser Entscheidung unterrichtet worden, so Wereschtschuk bei einer Stellungnahme an die Ukrainskaja Prawda. Dabei bestand Wereschtschuk dennoch darauf, dass das russische Militär humanitäre Korridore öffne.

Pjotr Andrjuschtschenko, der Berater des Bürgermeisters von Mariupol, reagierte ebenfalls ablehnend. Hierbei legte er deutlich weniger Contenance an den Tag, so ein Zitat von [ostro.org](https://www.ostro.org) mit Verweis auf die Facebookpräsenz des Beraters:

"Die Russen bieten der Stadtverwaltung von Mariupol an, auf Russlands Seite überzulaufen. Gaben Zeit bis zum Morgen, eine Antwort zu formulieren. Doch wozu auch so lange warten, wenn die Antwort von vornherein klar ist: Mariupol kriegt ihr nicht, f**n könnt ihr euch."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6238275748fbef4fef2ace54.jpg>

8:18 de.rt.com: Das Wichtigste vom Vortag: 25. Tag des russischen militärischen Sondereinsatzes in der Ukraine

* Das russische Militär hat ein wichtiges ukrainisches Treibstofflager nahe der Siedlung Konstantinowka der Region Nikolaew zerstört. Von dort wurden Treibstoff und Schmiermittel für Panzerfahrzeuge der Ukraine in den Kampfgebieten im Süden des Landes geliefert. Der Angriff erfolgte mit ballistischen Hyperschall-Luft-Boden-Raketen Kinschal aus dem Luftraum über der Krim und Kalibr-Marschflugkörpern aus den Gewässern des Kaspischen Meeres.

* Ebenfalls mit Luft-Boden-Lenkflugkörpern wurden mehr als 100 ukrainische Militärs und ausländische Freiwillige und Söldner vernichtet. Diese befanden sich auf einem Ausbildungsstützpunkt der ukrainischen Spezialkräfte bei einer Siedlung nahe Schitomir.

* Unterdessen meldete das russische Verteidigungsministerium eine humanitäre Katastrophe in Mariupol: Bis zu 130.000 Einwohner der Stadt werden von ukrainischen Nationalisten als Geiseln gehalten. Das russische Militär kündigte an, die vernichtende Niederlage des nationalistischen Bataillons "Donbass" stehe unmittelbar bevor.

* Kräfte der russischen Nationalgarde gaben bekannt, bei der Befreiung der Stadt Isjum einige Führungsfiguren rechtsextremer paramilitärischer Formierungen und Kollaborateure des ukrainischen Geheimdienstes SBU gefangen genommen zu haben. Wichtige Dokumente seien erbeutet worden.

* Im Rahmen der Operation musste eine Pontonbrücke über den Fluss Sewerski Donez errichtet werden. Lokale Nationalgardisten überquerten den Fluss und wehrten dort im Laufe von 24 Stunden Angriffe zahlenmäßig überlegener Einheiten der ukrainischen Armee und der Nazi-Bataillone ab, damit die russische Armee die Pontonbrücke errichten konnte.

* Der ukrainische Präsident Selenski hat das im Land verhängte Kriegsrecht ab dem 26. März an um 30 weitere Tage verlängert.

* Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine hat die Aktivitäten mehrerer politischer Parteien für die Geltungszeit des Kriegsrechts im Lande verboten. Zu diesen gehören vor allem oppositionelle Parteien wie "Oppositionsplattform – für das Leben".

* Jens Stoltenberg, der amtierende Generalsekretär der NATO, gab bekannt, die Allianz werde die Unterstützung für Kiew verstärken. Gleichzeitig bemerkte er bezüglich einer theoretischen, von der NATO zu verhängenden Flugverbotszone über der Ukraine, es sei wichtig zu verhindern, dass der Konflikt zu einem Krieg zwischen der Allianz und Russland eskaliere.

8:30 de.rt.com: **Selenskij an NATO: Nehmt uns endlich auf!**

Öffentlich spreche die NATO stets von ihrer Bereitschaft, die Ukraine in ihre Reihen aufzunehmen, unter vier Augen würden jedoch andere Töne erklingen, so der ukrainische Präsident. Er forderte die Allianz auf, sein Land aufzunehmen oder eine klare Absage zu erteilen.

In einem Interview mit CNN am Sonntag hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij die wahre Haltung des von den USA geführten NATO-Bündnisses zur Beitrittsperspektive Kiews enthüllt. Während sich Vertreter des Bündnisses in privaten Gesprächen gegen eine Aufnahme des Landes aussprechen würden, hielten sie öffentlich die Illusion eines möglichen Beitritts aufrecht.

Der anhaltende Konflikt mit Russland hätte verhindert werden können, wenn die NATO die Ukraine rechtzeitig aufgenommen hätte, so Selenskij weiter. Er fügte hinzu:

"Wenn wir NATO-Mitglied wären, hätte der Krieg nicht begonnen. Ich würde gerne Sicherheitsgarantien für mein Land und mein Volk erhalten."

Der Staatschef forderte das von den USA geführte Bündnis erneut auf, sein Land aufzunehmen:

"Falls die NATO-Mitglieder bereit sind, uns in die Allianz aufzunehmen, dann tun Sie es sofort, denn täglich sterben Menschen."

"Wenn Sie uns in dieser zweifelhaften Lage sehen wollen, in der wir nicht verstehen, ob Sie uns aufnehmen können oder nicht: Sie können uns nicht in dieser Situation belassen, Sie können uns nicht zwingen, in dieser Schwebelage zu sein."

Während die Allianz die Ukraine öffentlich als ihren "besonderen Partner" anerkennt, vertrete sie unter vier Augen eine ganz andere Haltung.

"Ich habe sie persönlich gebeten, direkt zu sagen, dass sie uns in ein oder zwei oder fünf Jahren in die NATO aufnehmen werden, und zwar direkt und deutlich, oder einfach Nein zu sagen. Und die Antwort war ganz klar: Ihr werdet nicht Mitglied der NATO, aber öffentlich bleiben die Türen offen."

Hochrangige ukrainische Beamte, darunter auch Selenskij selbst, haben wiederholt die NATO-Ambitionen des Landes bekräftigt. Unter dem damaligen Präsidenten Petro Poroschenko wurden diese Bestrebungen bereits im Jahr 2019 in die Verfassung der Ukraine aufgenommen. Die NATO selbst stand diesen Bestrebungen offenbar positiv gegenüber und erkannte sie in der Erklärung des Bukarester Gipfels von 2008 förmlich an, als die Mitglieder des Blocks zustimmten, dass das Land Mitglied werden solle.

Die Osterweiterung des Blocks und die erklärte Entschlossenheit der Ukraine, dem Bündnis beizutreten, gehören zu den wichtigsten Sicherheitsbedenken, die Russland wiederholt geäußert hat. Jedoch hat die NATO stets abgelehnt, diese Fragen zu erörtern. Der Nordatlantische Pakt vertritt die Ansicht, dass ein Drittland, insbesondere Russland, kein Mitspracherecht in Bezug auf Beitrittsbemühungen interessierter Länder haben sollte. ...



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62381fe548fbef4383631094.jpg>

10:31 (8:31) novorosinform.org: **"Teuer und sinnlos": Medwedew begrüßte die "Entrussifizierung" der polnischen Wirtschaft**

Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrats, Dmitri Medwedew, erklärte, dass Warschau die Interessen der polnischen Bürger der Russophobie opfere.

Dmitri Medwedew äußerte in seinem persönlichen [Telegram-Kanal](#) die Meinung, dass polnische Politiker ihre nationalen Interessen der Russophobie opfern, die mit einem Gefühl historischer Ressentiments verbunden ist. Medwedew äußerte die Meinung, dass der Mythos über die Ereignisse der Zeit der Wirren in Russland und die Teilung Polens im 18. und 20. Jahrhundert in Polen immer noch stark sei.

„Absolut und vollkommen richtig: teuer und sinnlos. Aber Polen muss die Kosten nicht mehr berücksichtigen. Alles, was sie wegen ihrer eigenen langjährigen pathologischen Russophobie verlieren könnten, ist bereits verloren“, konstatierte der Politiker.

Medwedew erklärt auch, dass die Entscheidung, die polnische Wirtschaft zu „entrussifizieren“, einen schweren Schlag in die Brieftaschen der einfachen Polen versetzen und zu einer allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaft des Landes führen werde. Er merkt an, dass die polnische Elite bei der Umsetzung ihres Programms russophobe Gefühle in ihrer Gesellschaft schüren werde, um ihre eigenen Handlungen zu rechtfertigen.

„Die Entscheidung, auf den Kauf von russischem Gas, Öl und Kohle zu verzichten, und der Widerstand gegen Nord Stream 2 haben der Wirtschaft dieses Landes bereits schweren Schaden zugefügt. Jetzt wird es nur noch schlimmer. Dasselbe gilt für viele andere Schritte, die nicht auf Ökonomie, sondern auf Politik unter dem Deckmantel der "Entrussifizierung" beruhen. Aber jetzt ist es für die polnischen Vasallen-Eliten viel wichtiger, ihrem Oberherrn – Amerika – die Treue zu schwören, als ihren eigenen Bürgern zu helfen, also werden sie ständig das Feuer des Hasses auf den Feind in Form Russlands schüren“ – resümiert Dmitri Medwedew .



https://novorosinform.org/content/images/14/35/41435_720x405.jpg

10:47 (8:47) novorosinform.org: **Radikale, die einen Angriff auf russische Soldaten vorbereiteten, wurden in Cherson festgenommen**

Wie sich später herausstellte, wurden die Aktionen der Radikalen unter aktiver Beteiligung des Sicherheitsdienstes der Ukraine koordiniert und vorbereitet.

Soldaten der RF-Streitkräfte nahmen ukrainische Radikale fest, die einen Angriff auf russische Soldaten in Cherson vorbereiteten. Es wird darauf hingewiesen, dass die inhaftierten jungen Leute völlig unterschiedliche politische Ansichten hatten, aber ihre Aktionen gegen das Militär koordinierten. Das berichtet Russia Today.

Die Verhafteten gaben während des Verhörs zu, dass ihre Aktionen von SBU-Spezialisten

über das soziale Netzwerk Telegram koordiniert und vorbereitet wurden. Bei der Durchsuchung der Radikalen wurden Drogen, extremistische Symbole und Molotow-Cocktails gefunden.



https://novorosinform.org/content/images/14/36/41436_720x405.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 21.3.22 um 10:30 Uhr**

Der Gegner hat in den letzten 24 Stunden mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **16 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben zwei Zivilisten, 20 wurden verletzt**. 31 Wohnhäuser, 6 Infrastrukturobjekte und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben Soldaten der Donezker Volksrepublik mehr als 44 ukrainische Besatzer, einen Panzer, zwei Schützenpanzer, 3 Feuerpositionen für 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“ vernichtet. Es wurden zwei Artilleriegeschütze 2S1 „Gwosdika“, ein Schützenpanzer, drei Lastwagen und zwei Panzerfahrzeuge eingenommen.

Acht Soldaten der 25. Luftlandebrigade und 11 Soldaten der 54. mechanisierten Brigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf zwei Schützenpanzer auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Von unseren Verteidigern wurden **216 Menschen, darunter 41 Kinder, aus Mariupol evakuiert**. Von den herausgebrachten Bürgern gehen **Informationen über Verbrechen der Ukrainischen Nationalisten gegen die Zivilbevölkerung von Mariupol** ein, es wird eine Beweisbasis gebildet. Wir erklären offiziell, dass keiner der ukrainischen Kriegsverbrecher der verdienten Strafe entgehen wird.

Ich wende mich an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, das Kommando hat sie im Stich gelassen. Folgen Sie dem Beispiel ihrer Kameraden und retten Sie ihr Leben. Nur wenn sie freiwillig die Waffen niederlegen und auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergehen werden sie zu Ihren Familien nach Hause zurückkehren können.

Ich wende mich an die Einwohner auf den zeitweilig von den ukrainischen Nationalisten besetzten Territorien und danke ihnen für die operativen Informationen über Aktivitäten des Gegners und hilfsbedürftige Bürger über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz

der DVR in der App „Telegram“.

Das Kommando hat beschlossen, Bürgern für wertvolle Informationen und aktive Beteiligung finanzielle Belohnungen zu zahlen, alle Einzelheiten in unserer App.

8:53 de.rt.com: US-Admiral bereit zu "Kampf und Sieg", wenn Chinas Abschreckung versagt

Ein Kommandeur der US-Marine hebt hervor, dass die USA bereit seien, einen Krieg gegen China zu führen und zu gewinnen, sollte sich die "Abschreckung" im Indopazifik als erfolglos erweisen. Peking wirft er eine Militarisierung der Region vor.

Admiral John C. Aquilino, der Befehlshaber der US-Streitkräfte im indo-pazifischen Raum, sagte in einem am Sonntag veröffentlichten Interview mit der Associated Press, dass China in den vergangenen zwei Jahrzehnten "die größte militärische Aufrüstung seit dem Zweiten Weltkrieg" betrieben habe und dass diese Aufrüstung auf die Region destabilisierend wirke. Aquilino erklärte, dass die Aufgabe des US-Militärs zwar darin bestehe, einen Krieg in der Region zu verhindern, das Pentagon aber bereit sei, in einem Konflikt mit China zu kämpfen und zu gewinnen:

"Sollte die Abschreckung scheitern, besteht meine zweite Mission darin, bereit zu sein, zu kämpfen und zu gewinnen."

Der Regierung in Peking warf der Admiral vor, Inseln im umstrittenen Südchinesischen Meer zu militarisieren und sie mit Flugabwehr- und Marinewaffen zu Festungen auszubauen.

Aquilino bezeichnete dies als Teil der umfassenderen Bemühungen Chinas, "die Offensivfähigkeiten der Volksrepublik über ihre kontinentale Küste hinaus auszuweiten". Er behauptete, Peking würde die Inseln nutzen, um im Falle eines möglichen Konflikts die Einsätze von Kampfflugzeugen und Bombern zu unterstützen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62382b38b480cc18dc3e8de4.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 21.03.2022

Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz hat der **Gegner in den letzten 24 Stunden erhebliche Verluste an Personal und Militärtechnik erlitten:**

60 Mann;

2 Schützenpanzer;

1 Schützenpanzerwagen;

6 Fahrzeuge;

2 Mörser des Kalibers 120mm;

3 Antipanzerraketenkomplexe;

Trotz der Niederlage an der Front setzt der Gegner den Terror gegen die

Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur von frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der LVR im GZKK **massiven Artilleriebeschuss des Territoriums der LVR im Gebiet von Perwomajsk** erfasst. Informationen über Verletzte und Zerstörungen an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Feuerpositionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus geschossen wurde, operativ entdeckt und vernichtet.**

Die Volksmiliz leistet weiter den Einwohnern der befreiten Territorien der Republik Hilfe. Gestern hat die Volksmiliz der LVR gemeinsam mit dem Fonds „Nahrung des Lebens. Donbass“ warmes Essen für die Einwohner von Trechisbjonka und Krymskoje geliefert.

11:00 (9:00) novorosinform.org: **Die ersten Fahrzeuge mit humanitärer Hilfe aus Russland kamen in Mariupol an – Puschilin**

Das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin, erklärte, Mariupol befinde sich in einer humanitären Katastrophe.

Laut "[MAJ DNR](#)" sagte Denis Puschilin, dass trotz der anhaltenden Feindseligkeiten in Mariupol die ersten Fahrzeuge mit humanitärer Hilfe aus Russland in die Stadt eingefahren seien. Der Chef der DVR stellte fest, dass es die aktuelle humanitäre Katastrophe nicht erlaube, auf die vollständige Befreiung der Stadt zu warten.

„Es gibt keine Möglichkeit, auf die vollständige Befreiung von Mariupol zu warten, die Menschen brauchen dringend Hilfe, in bestimmten Stadtteilen werden Wiederaufbauarbeiten begonnen“, sagte Puschilin.



https://novorosinform.org/content/images/14/37/41437_720x405.jpg

11:10 (9:10) novorosinform.org: **Einheiten der russischen Luftstreitkräfte verdrängten die nationalen Bataillone aus den Vororten von Kiew - Verteidigungsministerium der RF**

Das russische Verteidigungsministerium hat ein Video mit Waffen nationalistischer Bataillone und der Streitkräfte der Ukraine veröffentlicht, die in der Region Kiew erbeutet wurden.

Das Video wurde auf dem [offiziellen Telegram-Kanal](#) des Ministeriums veröffentlicht.

Nach Angaben des Ministeriums vertrieben Einheiten der russischen Luftlandetruppen die Soldaten der Nationalen Bataillone und der ukrainischen Streitkräfte aus einem bewohnten Gebiet in der Nähe von Kiew. Die ukrainischen Kämpfer ließen beim Rückzug brauchbare militärische Ausrüstung, Panzer und gepanzerte Mannschaftswagen zurück. Außerdem ließen sie eine große Anzahl von Kleinwaffen, Panzerabwehrwaffen und Munition zurück.

Videoaufnahmen zeigen einen Hangar mit T-64BV- und T-72B-Panzern, deutschen Panzerfaust-3-Granatwerfern sowie in der Ukraine hergestellten Stugna-Panzerabwehr-

Raketensystemen und Igla-1-MANPADS.



https://novorosinform.org/content/images/14/38/41438_720x405.jpg

11:32 (9:32) novorosinform.org: **Die USA haben in der Ukraine eine Biowaffe gegen die russische Nation entwickelt – Rogosin**

Der Leiter von Roskosmos, Dmitri Rogosin, sagte, dass die von russischen Militärbiologen in den US-Biolabors auf dem Territorium der Ukraine gefundenen Daten Moskaus Berichte bestätigen würden, dass Washington "eine ethnische Waffe des Völkermords gegen die russische Nation" entwickle.

Rogosin habe dies auf seinem Telegram-Kanal mitgeteilt, [informiert](#) „Moskowskij Komsomolez“.

Laut Rogosin könnten die in diesen Labors entwickelten biologischen Waffen zur "selektiven Vernichtung der Bevölkerung auf rassischer, ethnischer, geschlechtsspezifischer oder anderer genetischer Grundlage" eingesetzt werden.

Laut dem Leiter von Roskosmos kann diese Art von Biowaffe die Fortpflanzungsfunktion von Frauen einer bestimmten Nationalität und im Allgemeinen das Immunsystem einer bestimmten ethnischen Gruppe beeinträchtigen. Insbesondere begännen die Menschen an Allergien zu leiden und könnten traditionelle Lebensmittel nicht vertragen, was zu einer Schwächung des Immunsystems und in der Folge zur vollständigen Zerstörung der Nation führe.

Darüber hinaus ist sich Rogosin sicher, dass nicht alle Beweise für Entwicklungen in ukrainischen biologischen Labors vernichtet werden konnten und die Verbrechen bewiesen würden.



https://novorosinform.org/content/images/14/40/41440_720x405.jpg

9:47 de.rt.com: **Biden besucht Polen, jedoch nicht die Ukraine**

Washington hat angekündigt, dass US-Präsident Joe Biden noch diese Woche eine Europareise unternehmen wird. Nach Brüssel werde er Warschau einen Besuch abstatten, um zu erörtern, wie man Russland weiter bestrafen könne. Ein Besuch in Kiew sei nicht geplant. US-Präsident Joe Biden wird diese Woche nach Polen reisen, um über weitere Bemühungen zur Unterstützung Kiews und zur Bestrafung Russlands für dessen Militäroffensive in der Ukraine zu sprechen.

Nach Angaben der Pressesprecherin des Weißen Hauses Jen Psaki wird Biden am Freitag in Warschau mit dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda zusammentreffen, um zu erörtern, wie die USA und ihre Verbündeten "auf die humanitäre und menschenrechtliche Krise reagieren, die durch Russlands ungerechtfertigten und unprovzierten Krieg gegen die Ukraine entstanden ist".

Das Treffen werde Berichten zufolge nach Bidens Besuch in Brüssel stattfinden, wo er sich mit NATO-Verbündeten und Vertretern der Europäischen Union treffen will, um "internationale Bemühungen zur Unterstützung der Ukraine zu erörtern und Russland schwere und beispiellose Kosten aufzuerlegen".

Die US-Regierung hat der Ukraine zwar militärische Hilfe geleistet und harte Sanktionen gegen Russland verhängt, war aber auch bemüht, einen direkten Konflikt zwischen den USA und Russland zu vermeiden.

Erst kürzlich lehnte die Biden-Regierung Pläne ab, polnische Kampfflugzeuge an die Ukraine zu liefern. Ein solcher Schritt sei zu riskant, hieß es. Pentagon-Pressesprecher John Kirby erklärte dazu:

"Wir sind der Meinung, dass die Bereitstellung zusätzlicher Kampfflugzeuge nur eine geringe Steigerung der Einsatzmöglichkeiten bei hohem Risiko bedeutet." ...



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6238366c48fbef12dd333204.jpg>

11:55 (9:55) novorosinform.org: **Der Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation wird ein Verfahren gegen einen ukrainischen Arzt wegen Anstiftung zu Gewalt gegen Gefangene einleiten**

Der Leiter des Untersuchungsausschusses Russlands, Alexander Bastrykin, wies an, ein Verfahren gegen den ukrainischen Arzt Gennadi Drusenko einzuleiten, der zu Gewalt gegen gefangene russische Soldaten aufruft.

Dies wurde vom Pressedienst der Behörde gemeldet, teilt [TASS](https://tass.ru) mit.

Wie vom Untersuchungsausschuss mitgeteilt, wies der Leiter des Ausschusses an, sofort einen Fall zu eröffnen und „eine verfahrenstechnische Bewertung der Handlungen von Drusenko abzugeben“. Außerdem werde der Aufenthaltsort dieses Arztes festgestellt, und er werde auch auf die internationale Fahndungsliste gesetzt, um ihn weiter strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Wir erinnern daran, dass der Leiter des ukrainischen Projekts „Mobiles Hospital“ Gennadi

Drusenko zuvor live im ukrainischen Fernsehen zu Gewalt gegen gefangene Soldaten der russischen Streitkräfte aufgerufen und erklärt hat, dass er den medizinischen Mitarbeitern entsprechende Anweisungen gegeben habe.



https://novorosinform.org/content/images/14/41/41441_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Die **Hauptleitung, die die Pumpstation des Werchnekamiuskij-Wasserreservoirs mit Strom versorgt, wurde durch ukrainischen Beschuss außer Betrieb gesetzt**, außerdem gab es einen Treffer aus die Maschinenhalle.

Durch Beschuss der bewaffneten Formationen der Ukraine wurde die Stromversorgung des Tscheljukinzew-Bergwerks und der Ventilation des Skotschinskij-Bergwerks unterbrochen. **Unter Tage befinden sich 120 Bergleute**. Zurzeit erfolgen Reparaturarbeiten (spätere Meldung: alle Bergleute sind in Sicherheit).

Durch Beschuss von Seiten der BFU sind im Petrowskij-Bezirk von Donezk 14 Heizwerke außer Betrieb, aufgrund dessen haben 387 Wohnhäuser, 10 Kindergärten und acht Schulen keine Heizung.

12:18 (10:18) rusvesna.su: **Die Basis des 132. Aufklärungsbataillons der Streitkräfte der Ukraine wurde zerstört, Vormarsch auf Owrutsch**

Die russische Armee zerstörte das Ausbildungslager des 132. separaten Aufklärungsbataillons der Luftangriffstruppen der Streitkräfte der Ukraine in der Region Schitomir.

Dies erfuhr „Russkaja Vesna“ von einer Quelle beim Militär.

Punktgenaue Treffer wurde durch präzisionsgelenkte Munition erreicht.

Russische Truppen rücken in Richtung Owrutsch vor und vernichten die feindlichen Streitkräfte.

Das russische Verteidigungsministerium gab eine Erklärung zur Zerstörung des Ausbildungszentrums ab: Es bildete das Personal des 132. Aufklärungsbataillons, ausländische Ausbilder und Söldner aus. Infolge des Angriffs wurden militärische Infrastruktur und militärische Ausrüstung außer Gefecht gesetzt.

11:04 de.rt.com: **"Kakerlaken": Ukrainischer Sanitätschef will Kastration russischer Gefangener**

Ein neues Hass-Verbrechen im ukrainischen Fernsehen: Gründer des ukrainischen Dienstes für mobile (Militär-)Hospitäler nannte russische Kriegsgefangene "Kakerlaken" und

versprach, sie zu kastrieren. Das sagte er während einer Live-Schaltung im Sender "Ukraine 24".

Der ukrainische regierungskritische Journalist und Politiker Anatoli Scharij machte in einem Tweet auf ein Interview im ukrainischen Fernsehen aufmerksam und postete dafür den Ausschnitt aus einer sonntäglichen Live-Sendung des Kanals Ukraine 24. Dort kam der prominente Jurist und gesellschaftliche Aktivist Gennadi Druzenko in seiner Funktion als Aufsichtsratschef des freiwilligen Dienstes für mobile Hospitäler ("Pirogow-Hospitäler") zu Wort. Dieses Dienstleistungsunternehmen für mobile Hospitäler ist seit 2015 das größte nichtstaatliche Projekt zur Einbindung von zivilen Sanitätern in die medizinische Versorgung, auch der ukrainischen Soldaten im militärischen Konflikt im Osten des Landes. Und Druzenko ist sein Gründer.

Auf eine Frage des Top-Moderators Ewgeni Kisseljow antwortete Druzenko zuversichtlich, dass "Russland die [militärischen] Ressourcen ausgehen", und er fügte hinzu: "Putins Ausrüstung brennt gut. Putins Leichen stinken, werden aber irgendwie unschädlich." Dann erläuterte er genauer, welchen Umgang seiner Meinung nach die verwundeten russischen Kriegsgefangenen verdienen:

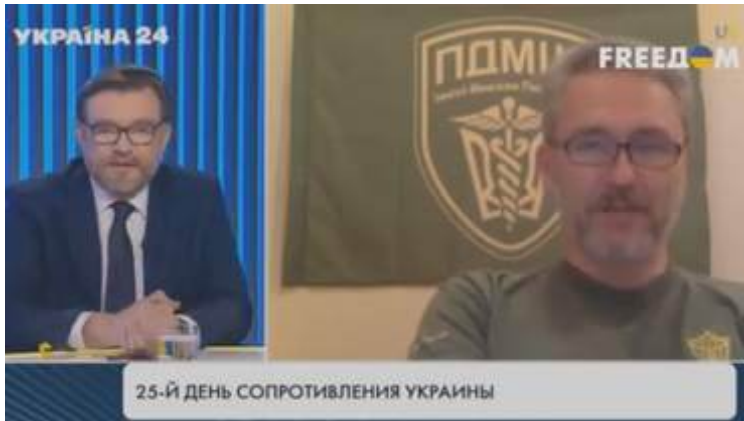
"Ich war immer Humanist und sagte, wenn ein Mensch verwundet ist, ist er kein Feind, sondern Patient. Aber jetzt gibt es die sehr strikte Anweisung, alle Männer zu kastrieren, weil sie Kakerlaken sind und keine Menschen. Die Ärzte, die Patienten gerettet haben, sagen, dass die Russen hier in großer Zahl sterben werden. Alle, die gekommen sind, werden sich an das Grauen der ukrainischen Erde erinnern wie die Deutschen an Stalingrad."

Die Co-Moderatorin der Sendung ließ diese Äußerungen unwidersprochen und fügte selbst noch hinzu: "Und sie werden zur Verantwortung gezogen."

Es ist schwer zu glauben, dass es diese Anweisung tatsächlich gibt. Viel eher wollte wohl ein prominenter gesellschaftlicher Aktivist, der Druzenko mit seinen zahlreichen Engagements und Ehrungen ebenfalls ist, seinen Beitrag zur Entmenschlichung von Russen leisten und damit zum erbitterten Kampf gegen sie alle aufstacheln. Im ukrainischen Fernsehen ist dies kein Sonderfall mehr. Am 13. März sorgte ein Moderator des gleichen Senders für Aufsehen, als er den Nazi-Kriegsverbrecher Adolf Eichmann zitierte und dazu aufrief, russische Kinder zu töten, "um eine Nation zu vernichten". Dieses offensichtliche Hass-Verbrechen hatte bislang für diesen Journalisten keinerlei rechtliche Konsequenzen.

Bezeichnend ist, dass die Volontäre der Pirogow-Hospitäler, die laut ihrem Gründer das Sterben der russischen Soldaten in großer Anzahl herbeireden, in der westlichen Presse als "medizinische Engel" der Ukraine gelobt werden. Das sollte nicht verwundern, denn das Thema Tod nimmt in der ukrainischen Kriegspropaganda einen zentralen Platz ein. So wies der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einer Videoansprache am Samstag auf die angeblich 14.000 Gefallenen auf russischer Seite hin und malte dazu düster-surreale Sprachbilder:

"Die vorderen Reihen unserer Verteidigung sind mit Leichen russischer Soldaten zugeschüttet. Niemand holt diese Leichen ab. Auf diesen Leichen werden neue Abteilungen nach vorn getrieben, irgendwelche Reserven, die die russische Führung, wo immer es geht, auftreibt." Seit dem 24. Februar führt russisches Militär auf dem Territorium der Ukraine eine Operation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung und zum Schutz der Donbass-Republiken durch. Russland gibt an, nur gegen militärische Ziele zu kämpfen, und bietet der Zivilbevölkerung in den umkämpften Städten humanitäre Korridore an. Ukrainisches Militär errichtet oft in Wohngebieten Stellungen, was zu verheerenden Feuerduellen und zur Zerstörung auch der zivilen Infrastruktur führt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6238231db480cc179478b0c2.PNG>

Dan-news.info: Mehr als 140 Mitarbeiter des staatlichen Dienstes für Zivilschutz der ehemaligen Donezker Oblast wollen ihre Arbeit in der DVR fortsetzen, teilt das Zivilschutzministerium der DVR mit.

13:50 (11:50) novorosinform.org: **Mehrere Tausend Kämpfer von ukrainischen nationalen Bataillonen sind in Mariupol – Puschilin**

Das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin, erklärte, dass sich die meisten ukrainischen Nationalisten in Mariupol im Werk Azowstal aufhalten.

Pushilin sprach darüber während einer Live-Sendung des Fernsehsenders Rossija-1, teilt TASS mit.

„Mehrere Tausend weitere Vertreter der nationalen Bataillone sind konzentriert (in Mariupol - Anm. d. Red.). Ihr wichtigstes befestigtes Gebiet oder ihre Festung ist das Azowstal-Werk“, sagte Puschilin.

Nach Angaben des Leiters der DVR könnte die Befreiung der Stadt, nämlich die Kämpfe um Mariupol, noch mehr als eine Woche dauern.



https://novorosinform.org/content/images/14/51/41451_720x405.jpg

nachmittags:

13:02 de.rt.com: **Polen will russisches Eigentum beschlagnahmen**

Angespornt durch die Beschlagnahme von Eigentum russischer Oligarchen in der EU will Warschau seine Gesetzgebung ändern. Man will russische Immobilien und finanzielle

Vermögenswerte einfrieren können. Das verkündete der Regierungschef des Landes in einem Interview.

Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hat die Beschlagnahme von russischem Eigentum als Teil umfassender Reaktionen auf Moskaus Militäreinsatz in der Ukraine vorgeschlagen. Er sagte dem Magazin Wprost vom Sonntag:

"Wir wollen die Frage aufwerfen, wie wir russisches Vermögen in unserem Land einfrieren und beschlagnahmen können."

"Einerseits haben wir verfassungsmäßige Beschränkungen für Maßnahmen im Zusammenhang mit Eigentumsrechten. Andererseits verstehen immer mehr Polen nicht, warum wir in unserem Land nicht dasselbe tun können, wenn die Italiener die Jachten russischer Oligarchen beschlagnahmen."

Morawiecki fügte hinzu, dass "es mehrere Immobilien und finanzielle Vermögenswerte sowie Anteile an Unternehmen gibt, die wir beschlagnahmen sollten".

Der Premierminister betonte, er wolle sich dafür einsetzen, dass ein neues entsprechendes Gesetz im Sejm, dem Unterhaus des Parlaments, verabschiedet wird.

Morawiecki, der sich in der vergangenen Woche mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij traf, fordert eine totale Wirtschaftsblockade Russlands und einen vollständigen Verzicht Europas auf Energielieferungen aus Moskau. Er erklärte dazu:

"Ich appelliere an die deutschen, französischen und Benelux-Eliten, ihre Taschenrechner beiseitezulegen und ihr Gewissen zu benutzen. Denn wenn wir die Kosten für Gas und Öl berechnen, bedeutet das, dass wir mit dem Blut ukrainischer Kinder, Frauen und Soldaten handeln."

Italienische Medien berichteten diesen Monat, dass die Behörden ihres Landes eine Superyacht des russischen Kohle- und Düngemittelmagnaten Igor Melnitschenko im Hafen von Triest beschlagnahmt hatten. Ähnliche Aktionen gegen Luxusschiffe reicher Russen wurden auch aus Frankreich, Deutschland und Spanien gemeldet.

Viele Länder, darunter die USA, das Vereinigte Königreich, die EU-Mitgliedstaaten und Kanada, haben weitreichende Sanktionen gegen Russland verhängt, die sich unter anderem gegen die Banken und den Handel des Landes richten.

Die meisten europäischen Länder haben ihren Luftraum für Fluggesellschaften aus Russland gesperrt, worauf Moskau mit entsprechenden Maßnahmen reagiert hat. Eine mehrere globale Unternehmen und Marken kündigten an, ihre Aktivitäten in Russland einzuschränken oder den Markt des Landes ganz zu verlassen.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen.

Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623861b9b480cc794d434127.jpg>

15:48 (13:48) iz.ru: **Aeroflot nimmt ab dem 2. April regelmäßige Flüge zwischen Russland und dem Iran wieder auf**

Aeroflot Airlines wird ab dem 2. April 2022 die regulären Flüge zwischen Moskau und Teheran (Iran) wieder aufnehmen. Das teilte der Pressedienst der Airline am Montag, dem 21. März, mit.

Das Unternehmen teilte mit, dass Flüge zweimal pro Woche durchgeführt werden: mittwochs und samstags von Moskau und donnerstags und sonntags von Teheran, berichtet die Nachrichtenagentur der Stadt Moskau.

...

Am 18. März berichtete der Pressedienst von Rosawiazia, dass die Interministerielle Kommission für die Zulassung von Fluggesellschaften zu internationalen Strecken beim Verkehrsministerium der Russischen Föderation ein vorübergehendes Verfahren für die Zulassung von Fluggesellschaften zur Durchführung internationaler Fracht- und Passagierflüge genehmigt habe.

Die Regelung gilt bis zur Aufhebung der gegen Russland verhängten Sanktionen, schreibt „Moskau 24“.

Zuvor hatte der Verband der Reiseveranstalter Russlands (ATOR) berichtet, dass russische Touristen ohne Umsteigen in 15 Länder reisen könnten. Dies seien die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Bahrain, Katar, Marokko, Iran, Kasachstan, Kirgisistan, Armenien, Weißrussland, Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan, Indien, Sri Lanka. Insgesamt würden den Russen 27 Auslandsziele angeboten. Darunter Reisen nach Ägypten, Thailand, Griechenland, Indonesien, Seychellen, Malediven und Abchasien. Um zum Ziel zu gelangen, müssen Sie jedoch umsteigen. ...



https://cdn.iz.ru/sites/default/files/styles/900x506/public/news-2022-03/DK1_1084.JPG.jpg?itok=AL4yHx1E

16:18 (14:18) novorosinform.org: **Im US-Kongress wurde gefordert, die Hilfe für die Ukraine wegen der Nazis in den Reihen von deren Streitkräften abzulehnen**

Das Mitglied des US-Repräsentantenhauses Marjorie Taylor Green kritisierte die Entscheidung der Behörden, der Ukraine Hilfe zu leisten, die in die Hände nationalistischer Gruppen gelangen könnte.

Green erklärte dies in ihrem persönlichen Twitter-Account, [informiert](#) RIA Novosti.

„Wir sollten keine Milliarden Dollar hart verdienender amerikanischer Steuern für Militärhilfe ausgeben, die möglicherweise an Nazi-Gruppen gehen könnte, die unschuldige Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, foltern“, sagte Marjorie Taylor Green.

Sie stellte fest, dass die Streitkräfte der Ukraine „ihr eigenes Volk foltern“ und die US-Regierung verlangen sollte, dass der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij solche Militäraktionen einstellt.



https://novorosinform.org/content/images/14/61/41461_720x405.jpg

14:27 de.rt.com: **Russlands Vize-Regierungschef warnt: Bis zu 500 US-Dollar pro Barrel bei Verzicht auf russisches Öl**

Der russische Vize-Regierungschef Alexander Nowak hat am Montag mit dramatisch hohen Preisen gedroht, falls die Europäische Union beschließen sollte, Öl- und Gasimporte aus Russland einzustellen. Die Ukraine fordert währenddessen einen Handelsstopp für russische

Rohstoffe.

Ein Verzicht auf russisches Öl in Europa sei derzeit unmöglich, sagte der stellvertretende Premierminister Alexander Nowak am Montag. Falls der Westen diesen unwahrscheinlichen Schritt trotzdem geht, würden die Preise auf 300 bis 500 US-Dollar pro Barrel Öl steigen, warnte er. Nowak hatte bereits Anfang des Monats betont, Politiker in Europa sollten ihre Bürger warnen, dass die Preise bei einem Verzicht auf russisches Öl fürs Tanken, für Strom und fürs Heizen in die Höhe schießen.

Russland als Rohstoffmacht sei auf alle Szenarien vorbereitet und werde andere Absatzmärkte finden, sagte Nowak. Das Land habe bereits damit begonnen, den Ressourcenfluss vom Westen in den Osten umzuleiten.

Die Entscheidung der US-Behörden, die Einfuhr von russischem Öl und Ölprodukten zu verweigern, habe wenig Auswirkungen auf Russland, da das Volumen der Lieferungen unbedeutend gewesen sei, erklärte der Politiker.

Auch der Kreml warnte am Montag vor den Folgen eines möglichen EU-Embargos für Öllieferungen aus Russland. "Ein solches Embargo hätte sehr schwerwiegende Auswirkungen auf den weltweiten Ölmarkt und auf die Energiebilanz des europäischen Kontinents", sagte Sprecher Dmitri Peskow. Ihm zufolge werden sich die Vereinigten Staaten "viel besser fühlen als die Europäer". Europa, so Peskow, werde es schwer haben.

Währenddessen forderte Igor Schowkwa, der Sicherheitsberater des ukrainischen Präsidenten, von der EU weitere Sanktionen gegen Russland. Der Handel mit russischem Gas und Öl müsse blockiert und weitere Konten eingefroren werden, sagte Schowkwa am Montag im ZDF-Morgenmagazin. Die Ukraine kämpfe nicht nur für ihr eigenes Land, sondern für ganz Europa.

Wie Reuters berichtet, bereitet die Europäische Union ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland vor. Die Verhängung eines Ölembargos wird bei einem Treffen der EU-Außenminister am heutigen Montag erörtert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6238779cb480cc70ce1000cd.jpg>

15:22 de.rt.com: **"Extremistische Organisation": Russland verbietet Facebook-Konzern Meta**

Der Facebook-Konzern Meta wurde in Russland laut einem Gerichtsurteil als extremistische Organisation anerkannt. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte eine entsprechende Klage eingereicht. Einfache Nutzer sollen jedoch nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Ein Moskauer Gericht hat den Facebook-Konzern Meta am Montag als "extremistische Organisation" eingestuft und verboten. Der Beschluss tritt sofort in Kraft. Die Generalstaatsanwaltschaft begründete ihre Forderung mit dem Wunsch, Russen vor weiteren Verletzungen ihrer Rechte zu schützen. Laut der Anklage bedrohen extremistische

Informationen sowohl Einzelpersonen als auch die Gesellschaft als Ganzes. Die Nutzer von Facebook und Instagram würden aber nicht haftbar gemacht, wenn sie die Sperrung umgehen, versicherte der Staatsanwalt vor Gericht.

Der Messenger-Dienst WhatsApp wird vorerst nicht gesperrt. Die Behörden gehen davon aus, dass der Dienst keine "Funktion zur öffentlichen Verbreitung von Informationen" habe. Bei der Anhörung waren zwei Staatsanwälte, Vertreter des Inlandsgeheimdienstes FSB und der Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor anwesend. Meta wurde von zwei Anwälten vertreten.

Russlands Generalstaatsanwaltschaft hatte zuvor gefordert, die Aktivitäten des Unternehmens zu verbieten. Hintergrund war eine Entscheidung des US-Konzerns, Aufrufe zur Gewalt gegen russische Truppen in der Ukraine zuzulassen. Aus diesem Grund hatte Roskomnadsor den Zugriff zu Instagram und Facebook in Russland eingeschränkt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62388320b480cc78ca4b8616.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 21. März 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau** des sozial-humanitären Bereichs durch.

Kommunikationstechniker haben Basisstationen für den Mobilfunk in Wolnowacha und Wolodarskoje vorbereitet. In Mangus und Wolodarskoje wird die optische Magistrale wiederhergestellt.

Ärzte in Talakowka, Sartana, Nowoignatjewka und Nikolajewka haben 73 Patienten empfangen, alle erhielten qualifizierte medizinische Hilfe. In Talakowka hat die örtliche Bevölkerung notwendige Medikamente und Desinfektionsmittel erhalten.

Spezialisten des Verkehrsministeriums der DVR setzten die Reparatur von Straßen mit Schlaglöchern auf dem Gebiet der befreiten Ortschaften fort. In Jalta wurde eine Brücke an der Autostraße „Mariupol-Ursuf“ repariert, der Autoverkehr kann dort wieder verlaufen.

Die **Donezker Eisenbahn** hat zusätzliche Elektrostationen in Betrieb genommen.

Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR haben 11,45 Hektar in den befreiten Ortschaften, 7800 Quadratmeter Gebäude untersucht und 638 explosive Objekte entschärft.

Die **Zivilschutzkräfte** leisten der Bevölkerung weiter humanitäre Hilfe.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und Bedarfe der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR** überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:24 de.rt.com: "Endlösung" – Selenskijs Videorede vor der Knesset sorgt in Israel für Irritationen

Der ukrainische Präsident setzte in seiner Video-Botschaft vor der Knesset in Israel Russland mit Nazi-Deutschland gleich und warf der Kremelführung einen Plan zur "Auslöschung" der Ukraine vor. Israelische Offizielle rügten Selenskij für dessen überzogene Kritik. Krieg sei schrecklich, aber der Vergleich mit dem Holocaust und der "Endlösung" sei falsch und empörend.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij übte am 20. März in einer Rede vor der Knesset Kritik an der israelischen Regierung, da man sich in Tel Aviv nicht bereit erklärt habe, Waffen an Kiew zu liefern. Er sei sich sicher, dass Israel den Schmerz der Ukraine spüre, sagte Wladimir Selenskij in seiner Rede. "Warum wartet die Ukraine immer noch auf Hilfe aus Israel, während andere Länder bereits helfen? Woran liegt das? Gleichgültigkeit? Politisches Kalkül? Gleichgültigkeit tötet", fügte der ukrainische Präsident hinzu. Selenskijs Ansprache wurde in Tel Aviv auch öffentlich übertragen, so verfolgten sie Tausende auf dem Habimah-Platz vor dem Nationaltheater in Tel Aviv.

Für Irritationen sorgten manche Formulierungen in seiner Rede, zum Beispiel als Selenskij den Nazi-Terminus benutzte: Die Russen benutzen die Terminologie der Nazis, sie wollen alles zerstören. Die Nazis nannten dies 'die der Judenfrage'. ... und nun, in Moskau, benutzen sie dieses Wort 'Endlösung'. Aber jetzt ist es gegen uns und die ukrainische Frage gerichtet", so Selenskijs Darstellung.

Die Knesset-Abgeordneten warnte er, Israel werde künftig "damit leben" müssen, der Ukraine keine Waffen geliefert und Russland nicht mit Sanktionen belegt zu haben. Seit der "russischen Invasion" seien Ukrainer so wie einst die Juden auf der Flucht.

Die israelischen Politiker zeigten sich unbeeindruckt und rügten vielmehr Selenskij für seine – wie sie es nannten – "unverblümete und überzogene Kritik". Besonders beunruhigt waren sie darüber, dass Selenskij, selbst Jude, wiederholt Bilder des Holocaust heranzieht, um Israel zum Handeln zu nötigen. Das israelische Nachrichtenportal Ynet zitierte einen hochrangigen Regierungsbeamten, der Selenskij vorwarf, auf den Holocaust Bezug zu nehmen, während doch so viele Ukrainer eine große Rolle beim Nazi-Holocaust an den Juden gespielt hätten.

"Ich schätze den Präsidenten der Ukraine und unterstütze das ukrainische Volk mit dem Herz und der Tat, aber es ist unmöglich, die schreckliche Geschichte des Holocaust umzudeuten", twitterte der Kommunikationsminister Yoaz Hendel. "Völkermord wurde auch auf ukrainischem Boden begangen. Der Krieg ist schrecklich, aber der Vergleich mit den Schrecken des Holocaust und der ist empörend.

Der frühere Minister für Energie- und Wasserversorgung Yuval Steinitz, ein Politiker des

Likud, erklärte, "wenn Selenskijs Rede in normalen (Nichtkriegs-)Zeiten gehalten worden wäre, hätten wir gesagt, sie grenzte an Holocaustleugnung". Jeder Vergleich zwischen einem regulären Krieg, so schwierig er auch sein mag, und der Vernichtung von Millionen Juden in Gaskammern im Rahmen der "Endlösung", sei eine totale Verzerrung der Geschichte. Dasselbe gelte für die Behauptung, die Ukrainer hätten den Juden im Holocaust geholfen. Die historische Tatsache sei, dass das ukrainische Volk nicht stolz auf sein Verhalten im Holocaust der Juden sein könne, fügte er hinzu.

Auch ukrainische Hilfspolizisten trieben bekanntlich seinerzeit Juden zusammen, die dann später in Babi Jar, in Lemberg (Lwow) und Shitomir massakriert werden sollten, berichtet die israelische Zeitung JPost mit Bezugnahme auf die Rede Selenskijs vor der Knesset. Ungefähr 80.000 Ukrainer hatten sich seinerzeit freiwillig für die SS Nazideutschlands gemeldet, während am Ende nur noch 2.600 Ukrainer als gerettete Juden dokumentiert wurden. Einige der schlimmsten Pogrome in der jüdischen Geschichte wurden auch in der heutigen Ukraine verübt.

Mehr als eine Million russischer und ukrainischer Juden sind in den 1990er Jahren nach Israel ausgewandert. Sie haben immer noch berufliche sowie familiäre Kontakte zu ihren heute zwei Herkunftsländern. Deswegen bemüht sich insbesondere auch Israel seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs, zwischen Moskau und Kiew zu vermitteln.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623871a948fbef11d70ae3f9.jpg>

abends:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 21.3.22

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122-mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist, 18 wurden verletzt**. 14 Wohnhäuser, 9 Infrastrukture Objekte und 4 Fahrzeuge wurden beschädigt. 179 Umspannwerke sind außer Betrieb. **Mehr als 23.000 Verbraucher in den Bezirken Kiewskij, Kirowskij, Kujbyschewskij und Petrowskij von Donezk haben keinen Strom** außerdem Jakowlewka und Mineralnoje.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten **36 ukrainische Besatzer, 11 Feuerstellungen, einen Schützenpanzer, einen Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, zwei Schützenpanzerwagen und einen Feldartillerielager vernichtet.** Es wurden vier Schützenpanzer und zwei Panzerfahrzeuge erbeutet.

Wir gelangen weiter an ausländische Waffen. Die eilig abziehenden Nationalisten der 54. mechanisierten Brigade haben auf den Positionen im Gebiet von Nowomichajlowka eine große Partie Granatwerfer „Instalaza C-90“, die im März dieses Jahres aus Spanien in die Ukraine geliefert worden waren, zurückgelassen. ... Die Granatwerfer mit Anleitungen zum Einsatz wurden an die Einheiten der Donezker Volksrepublik übergeben und zur Säuberung des Donbass von den ukrainischen Nationalisten genutzt.

In Richtung Donezk haben sieben Soldaten der 54. mechanisierten Brigade freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf unsere Seite übergegangen.

Nach Angaben der Aufklärung hat der Kommandeur der Operation der vereinigten Kräfte der ukrainischen Streitkräfte Moskaljew Kiew um die Erlaubnis gebeten, dass die 95.

Luftsturmbrigade, die 25. Luftlandebrigade und die 56. Panzergrenadierbrigade von Territorium der Donezker Volksrepublik abziehen, um eine Umzingelung der Gruppierung in einem Kessel zu verhindern, der bereits von den Streitkräften der Russischen Föderation und der Volksrepublik gebildet wird.

Die Administration Selenskijs hat auf die Anfrage Moskaljews negativ reagiert und zweifelt seine Zuverlässigkeit an. Im Zusammenhang damit **können wir mit Überzeugung erklären, dass das Kiewer Regime bereit ist, den übrigen Teil der ukrainischen Kämpfer im Donbass zu opfern,** wie sie das mit den Nationalisten aus „Asow“, der 53. und 36. Brigade der ukrainischen Streitkräfte getan haben, indem sie diese in einer Umzingelung im Stich ließen.

Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind 314 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig auf die Seite der DVR übergegangen, 20 von ihnen befinden sich in medizinischen Einrichtungen.

Ich wende mich an alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und empfehle nachdrücklich, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten.

Seit Beginn der besonderen Militäroperation sind die Verluste des Gegners die folgenden:

95. Luftsturmbrigade – 133 Tote und 182 Verletzte;

25. Luftlandebrigade – 152 Tote und 165 Verletzte;

56. Panzergrenadierbrigade – 157 Tote und 193 Verletzte;

54. mechanisierte Brigade - 229 Tote und 258 Verletzte;

36. Marineinfanteriebrigade – 312 Tote und 343 Verletzte;

12. operative Brigade der Nationalgarde der Ukraine – 315 Tote und 338 Verletzte.

Zu unserem großen Bedauern starben in den letzten 24 Stunden sechs Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht, 22 wurden verletzt.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:46 de.rt.com: **Spanien: Tausende Landbewohner protestieren gegen steigende Preise**

Nach Angaben der spanischen Behörden haben sich mehr als 150.000 Menschen in Madrid zu einer Protestkundgebung versammelt. Die Demonstranten fordern von der Regierung dringende Maßnahmen zur Verbesserung der Situation mit den immer weiter steigenden Preisen.

Die Straßen von Madrid waren am 20. März von der Farbe Orange geprägt. Nach Angaben der lokalen Behörden sollen mehr als 150.000 Menschen (nach Angaben der Organisatoren der Proteste sogar 400.000) auf die Straßen der spanischen Hauptstadt gezogen sein, um die Regierung auf die drastisch steigenden Preise aufmerksam zu machen.

Hirten, Landwirte, Jäger und Bewässerungsspezialisten zogen in orangefarbenen Westen als Zeichen des Protests über vier Kilometer unter dem Motto "Gemeinsam für den ländlichen Raum" vom Madrider Bahnhof Atocha zum Ministerium für ökologischen Wandel.

Die Vertreter der wichtigsten Landwirtschaftsverbände forderten einen dringenden Aktionsplan für den ländlichen Raum und ein sofortiges Eingreifen bei den Kraftstoff- und Rohstoffpreisen. Unter anderem verlangten die Demonstranten von den Behörden "angemessene Sozial- und Gesundheitsdienste auf dem Lande" sowie "Pläne für Bildung, Ausbildung und Beschäftigung".

Überdies wurde von den Kundgebungsteilnehmern mehrmals skandiert, dass sie noch einschneidendere Maßnahmen ergreifen würden, wenn ihre Forderungen nicht beachtet werden. Pedro Barato, Vorsitzender der Vereinigung der Junglandwirte, verkündete in seiner Rede vor den Demonstranten:

"Heute müssen wir der Regierung ein paar Dinge sagen: Sie sollen uns respektieren, sie sollen uns nicht beleidigen und sie sollen darauf achten, was die spanische Landbevölkerung in Madrid fordert."

Barato warnte auch die spanischen Behörden und sagte:

"Hier ist noch lange nicht Schluss. Hier beginnt der Schutz des Agrar- und Jagdsektors. Entweder wird gehandelt oder wir werden stärkere Gegenmaßnahmen ergreifen."

Die Unzufriedenheit der Landbevölkerung in Spanien besteht schon seit Langem. Zunächst wurden die Viehzüchter und Landwirte von der Pandemie heimgesucht, dann kam die Dürre, von der Spanien immer stärker betroffen ist, und nun ist dieser Sektor einer der am stärksten betroffenen wegen der Sanktionen gegen Russland.

Steigende Benzinpreise haben durch die Unterbrechung von Lieferketten direkte Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Darüber hinaus ist die Ukraine einer der Hauptexporteure von Futter- und Düngemitteln, was zu höheren Preisen für beide Warengemente führen kann.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623885f3b480cc1605323a2a.jpg>

19:20 de.rt.com: **Belege im Internet: Das von Russland beschossene Einkaufszentrum in Kiew war ein militärisches Ziel**

Am Sonntag wurde das Kiewer Einkaufszentrum "Retroville" mit russischen Hochpräzisionswaffen beschossen. Die Bilder des verheerenden Einschlags sorgen für einen Schock in westlichen Medien. Im Internet kursierende Foto- und Videobeweise zeigen dagegen, dass die ukrainische Armee das Zentrum als Stützpunkt und Waffendepot nutzte. Am späten Sonntagabend wurde das Einkaufszentrum "Retroville" im Kiewer Podolski-

Bezirk mit russischen Hochpräzisionswaffen beschossen. Es kam zu starken Bränden, Rettungs- und Bergungskräfte waren im Einsatz. Am frühen Morgen filmten die westlichen Medien die Folgen des Angriffs und posteten sie auf sozialen Medien. Der ukrainische Botschafter in Deutschland Andrej Melnyk leitete ein Video des Bild-Journalisten Paul Ronzheimer weiter und [schrieb](#) dazu:

"Das ist mein Bezirk von Kyjiw! Ihr russische Mistkerle werdet dafür bitter bezahlen"

Der Bild-Reporter sagte: "Die genaue Opfer-Zahl ist noch unklar. Was wir sehen, ist, welche Wucht diese russischen Raketen haben, welche Wucht sie haben, Ziele auch in Kiew zu zerstören. (...) Ein Bild des Grauens mitten in Kiew."

Später meldete der Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko in einer [Videoansprache](#) Zerstörungen ziviler Infrastruktur und acht Tote infolge des Angriffs. Ob die Toten Zivilisten oder Militärangehörige waren, sagte er nicht. Mit Nachdruck warnte der Ex-Boxweltmeister die Einwohner Kiews vor Weitergabe von Daten über den Verbleib der ukrainischen Streitkräfte im Stadtgebiet:

"Bitte nehmt die Bewegungen der Militärtechnik nicht auf und stellt die Bilder nicht ins Internet. Bitte nehmt keine militärischen Kontrollposten, nehmt strategische Objekte der Verteidigung nicht auf! Helft nicht dem Feind!"

Offenbar hatte Klitschko für diese Warnung gewichtige Gründe, denn nur kurz nach dem russischen Angriff stellte sich heraus, dass Einwohner in sozialen Medien ihre Fotos und Videos posteten, die beweisen, dass das Einkaufszentrum seit Tagen von der Armee zu einem militärischen Objekt umfunktioniert worden war. So war auf einem [Tik-Tok-Video](#) zu sehen, wie Mehrfachraketenwerfer vom Gelände dieses Zentrums eine Raketensalve abfeuern.

Das Video wird mit Schimpftiraden anderer Nutzer kommentiert, dass man mit derlei Bildmaterial dem Feind nutze, indem man dem Feind die Waffenpositionen im Stadtgebiet meldet. Schnell fanden sich auch weitere Bildbeweise für die Nutzung von ziviler Infrastruktur durch das ukrainische Militär, wie etwa ein Foto, das ein Kiewer Designer auf seiner Facebook-Seite postete (der Kanal wurde später von ihm gesperrt). Das Bild zeigt ukrainische Militärfahrzeuge, die unter einer Überführung des "Sport Life"-Komplexes im Geschäftszentrum "Retroville" geparkt sind.

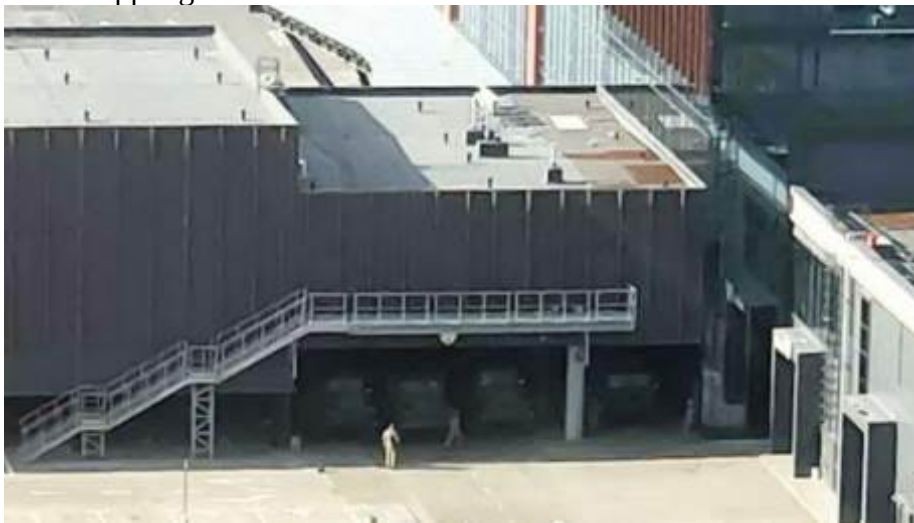
Die Weitergabe von militärisch relevanten Materialien wird in der Ukraine inzwischen mit einer langen Haftstrafe geahndet. Doch dies konnte die Flut an Hinweisen offenbar nicht verhindern. Die russische Militäroperation in der Ukraine brachte eine Reihe Internet-Kommentatoren zutage, die sich auf Informationen von Einheimischen stützen. Videos dieser Blogger werden inzwischen millionenfach abgerufen. So [berichtete](#) der Medienanalyst Michail Onufrijenko in einem seiner letzten Kommentare, dass Einheimische in Kiew ihm seit Langem die militärische Nutzung von "Retroville" gemeldet hätten:

"Die Örtlichen wissen es, und ich habe mit den Einwohnern dieses Bezirks schon mehrfach darüber gesprochen und sie haben mir jedes Mal das gleiche berichtet: Jede Nacht werden aus den Lagerräumen des Einkaufszentrums 'Grad' herausgefahren, sie schießen eine Salve ab und verstecken sich wieder. Dieses Mal haben sie es nicht geschafft, sich zu verstecken. Auf den verbreiteten [Videos des Brandes](#) ist zu sehen, dass nach dem Angriff zahlreiche Munition detonierte – man sieht zahlreiche Explosionsblitze."

Weiteren, offiziell noch nicht bestätigten Angaben zufolge hätten die ukrainischen Truppen in dem vernichteten Lagerhallenkomplex schwere 203-mm-Artillerie-Geschosse für sowjetische Selbstfahr-Haubitzen "Pion" gelagert. Diese seien zuvor in zahlreichen Videos aus Kiew zu sehen gewesen.

Hinweise darüber meldete unfreiwillig die [Kiewer Polizei](#) selbst, als sie auf ihrem Telegram-Kanal das Bild einer Hülse postete, die der Medienexperte Onufrijenko in einem seiner [weiteren Kommentare](#) als Teil eines detonierten Pion-Geschosses identifizierte. Das Abfeuern der Grad-Raketen aus diesem Bezirk Kiews werde auch durch Geodaten bestätigt, schloss er. Vom ersten Tag der russischen Militäroperation in der Ukraine an gibt es zahlreiche Hinweise

darüber, dass ukrainische Truppen ihre Stäbe, Stellungen und Munitionslager mitten in den Wohngebieten oder zivilen Einrichtungen wie etwa Schulen oder Krankenhäusern einrichten – zweifellos wissend, damit russisches Gegenfeuer auf diese Ziele zu provozieren. Die Einwohner der befreiten Städte in der Donezker und in der Lugansker Volksrepublik [berichten übereinstimmend](#), dass ukrainisches Militär dort die Wohngebiete und zivile Infrastruktur vor ihrem Rückzug systematisch vernichtete. Ukrainische Behörden dementieren dies regelmäßig und beschuldigen hingegen Russland des Genozids an der ukrainischen Zivilbevölkerung. Seit dem 24. Februar führt russisches Militär auf dem Territorium der Ukraine eine Operation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung und zum Schutz der Donbass-Republiken durch. Russland gibt an, nur gegen militärische Ziele zu kämpfen, und bietet der Zivilbevölkerung in den umkämpften Städten humanitäre Korridore an. Kiew wirft hingegen Russland gewaltsame Verschleppung der Evakuierten nach Russland vor.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623889f848fbef11c20bb4af.jpg>

20:30 de.rt.com: **Selenskij: Kompromisse von Verhandlungen zwischen Russland und Ukraine sollten schließlich durch Referendum beschlossen werden**

Bezüglich der Sicherheitsgarantien für die Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie der Halbinsel Krim hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einem Interview für das Nationale öffentlich-rechtliche Fernseh- und Rundfunkunternehmen der Ukraine gesagt, diese sollten schließlich durch ein nationales Referendum entschieden werden:

"Ich habe allen Verhandlungsgruppen erklärt: Wenn Sie über all diese Änderungen sprechen, und sie können auch historisch sein, werden wir letztendlich zu einem Referendum kommen. Das Volk wird zu bestimmten Formen von Kompromissen Stellung nehmen und Antworten geben müssen. Aber was sie sein werden – das sind bereits Fragen unseres Gesprächs und des gegenseitigen Verständnisses zwischen der Ukraine und Russland."

In diesem Gespräch betonte Selenskij noch einmal die Wichtigkeit von Sicherheitsgarantien für die Ukraine angesichts mangelnder Perspektiven eines NATO-Beitritts:

„Wir haben das verstanden. Wir werden nicht akzeptiert, weil sie dort Angst vor Russland haben. Das war es. Und wir müssen uns beruhigen und sagen: Okay, dann brauchen wir andere Sicherheitsgarantien."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6238ca3948fbef11c20bb4eb.jpg>

21:10 de.rt.com: **Russland ist zum Austausch von mehr als 500 gefangenen Ukrainern bereit**

Die russische Ombudsfrau Tatjana Moskalkowa hat erklärt, dass das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) Informationen über mehr als 500 gefangene Ukrainer erhalten hat. Sie sagte, die russische Seite sei bereit, sie auszutauschen. Moskalkowa erklärte:

"Für jeden Gefangenen wird eine spezielle Karte erstellt, die handschriftlich verfasst wird, um sicherzugehen, dass er noch lebt und dass er die Karte geschrieben hat, und die dem Roten Kreuz übergeben wird."

"Bis heute wurden mehr als 500 solcher Karten von unserer Seite aus ausgefüllt und dem Roten Kreuz ausgehändigt. Es handelt sich um ukrainische Gefangene, die auszutauschen wir bereit sind."

Die Interaktion mit dem IKRK erfolgt über die russische Niederlassung der Organisation. Nach Angaben des französischen Fernsehsenders BFM plant der Leiter des IKRK, Peter Maurer, am 22. März eine Reise nach Moskau. Dem Bericht zufolge beabsichtigt der Leiter der internationalen Organisation, die Lage in der Ukraine zu erörtern.

Zuvor hatte Moskalkowa erklärt, sie habe mit der ukrainischen Ombudsfrau Ljudmila Denissowa über die Möglichkeit gesprochen, die Gefangenen in der Ukraine zu besuchen, was jedoch kategorisch abgelehnt worden sei. Die ukrainische Generalstaatsanwältin Irina Wenediktowa sagte später, dass ein Austausch von Gefangenen mit der russischen Seite möglich sei.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6238cc8f48fbef111149a6cc.jpg>

21:12 de.rt.com: **Ukraine-Krise: Lindner warnt vor "übertriebenen Erwartungen an den Staat"**

In der Ampelkoalition werden verschiedene Entlastungsmodelle der Bürger aufgrund der steigenden Energiepreise debattiert. Doch Finanzminister Lindner mahnt nun, dass der Staat einen "allgemeinen Verlust an Wohlstand" kaum verhindern könne.

Kürzlich wollte die Bundesregierung noch die steigenden Energiekosten für die Bürger abfedern, doch nun warnt Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) vor zu hohen Erwartungen. Wie Lindner vor einem Treffen von Politikern der Ampelkoalition am Montag der Augsburger Allgemeinen erklärte, könne der Staat einen "allgemeinen Verlust an Wohlstand, der sich aus den steigenden Weltmarktpreisen für Energieimporte ergibt" ebenso wenig ausgleichen "wie das individuelle unternehmerische Risiko". Lindner erklärte ebenfalls:

"Ich kann aber versichern, dass wir Schocks abfedern und Menschen vor dem Verlust ihrer Existenz schützen werden."

Der FDP-Politiker rechtfertigte auch den von ihm vorgeschlagenen Tankrabatt für Autofahrer: "Eine Krise ist aber nicht der richtige Zeitpunkt, grundsätzliche Skepsis gegenüber dem Auto zu diskutieren oder Verteilungsdebatten auszufechten."

Innerhalb der Bundesregierung wird derzeit diskutiert, wie und welche Verbraucher von den steigenden Energiepreisen entlastet werden können. Die SPD hatte sich zuletzt für ein Mobilitätsgeld in Form eines staatlichen Zuschusses für geringe und mittlere Einkommen, der mit dem regulären Monatsgehalt überwiesen werden soll, ausgesprochen.

Auch Gewerkschaftler kritisierten Lindners Tankrabatt und plädierten für ein Mobilitätsgeld, das die Pendlerpauschale ersetzen soll. Medienberichten zufolge soll beim heutigen Treffen auch über eine mögliche Senkung der Energiesteuer auf Benzin diskutiert werden. Dabei soll es auch darum gehen, inwiefern eine entsprechende Steuersenkung zeitnah umgesetzt werden kann.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6238c55cb480cc5acc5248f4.jpg>

21:25 de.rt.com: **EU will kein Embargo gegen Lieferungen russischen Gases und Erdöls verhängen**

Am Montagabend hat Josep Borrell, der EU-Außenbeauftragte, im Anschluss an das Treffen der EU-Außen- und Verteidigungsminister zum Ukraine-Krieg und den Sanktionen gegen Russland erklärt, Brüssel habe nicht vor, die Sanktionen und Einschränkungen gegen Russland in dieser Woche zu erweitern. Außerdem teilte er mit, dass die EU heute keine Entscheidungen bezüglich der Sanktionen gegen den russischen Erdöllexport getroffen habe. Diese Frage sei aber diskutiert worden, so Borrell.

Zuvor hatte der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba berichtet, die EU bereite das fünfte Paket antirussischer Sanktionen vor, es enthalte aber kein Embargo gegen die Lieferungen russischen Gases und Erdöls in die EU-Länder. Dies ist Kuleba zufolge auf die Position von Diplomaten einiger EU-Staaten zurückzuführen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6238dcf748fbef0747144a7f.jpg>

21:40 de.rt.com: **Erster Gefangenenaustausch zwischen Russland und Ukraine hat stattgefunden**

Neun russische Soldaten in ukrainischer Gefangenschaft waren gegen den Bürgermeister der Stadt Melitopol Iwan Fjodorow ausgetauscht worden. Dies teilte am Montagabend die Ombudsfrau für Menschenrechte in Russland Tatjana Moskalkowa mit. Bereits zuvor hatten Medien unter Berufung auf das Büro des ukrainischen Präsidenten über den Austausch berichtet.

22:06 de.rt.com: **Russland beendet Friedensgespräche mit Japan – Kein visafreier Besuch von Kurilen für Japaner mehr**

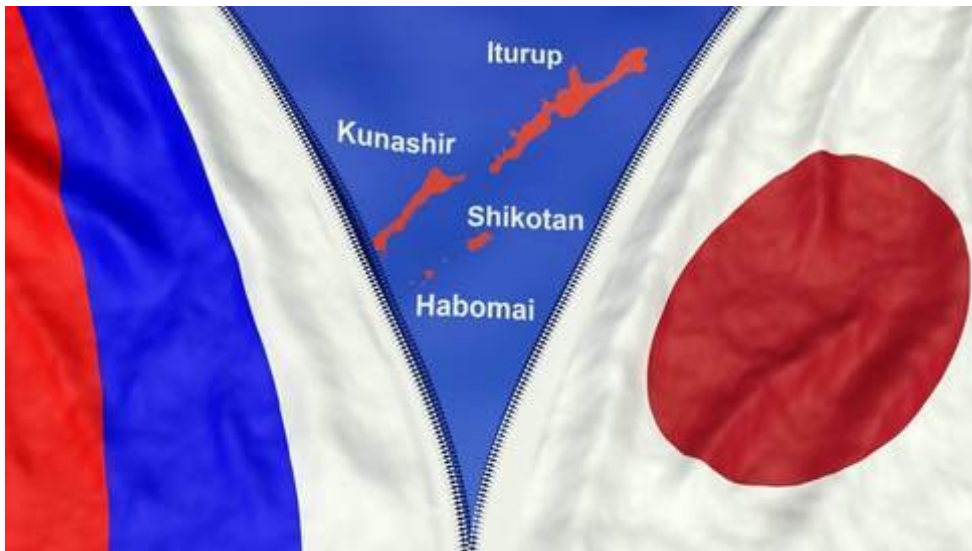
Moskau hat sich aufgrund der Sanktionen gegen Russland geweigert, weiter mit Tokio über einen Friedensvertrag zu verhandeln. Dies erklärte das russische Außenministerium und wies darauf hin, dass es zudem für Japaner unmöglich wird, die Kurilen visafrei zu besuchen. Russland bricht die Gespräche mit Japan über einen Friedensvertrag ab, weil Japan wegen der Lage in der Ukraine einseitige Beschränkungen gegen Russland verhängt hat. Dies geht aus einer Erklärung hervor, die das russische Außenministerium am Montag veröffentlichte: "Die russische Seite hat unter den gegenwärtigen Umständen keine Absicht, die Verhandlungen mit Japan über einen Friedensvertrag fortzusetzen, da es unmöglich ist, die Unterzeichnung eines grundlegenden Dokuments über die bilateralen Beziehungen mit einem Staat zu erörtern, der eine offen unfreundliche Position einnimmt und versucht, die Interessen unseres Landes zu schädigen."

Überdies teilte das Ministerium mit, es habe beschlossen, die Visafreiheit für japanische Staatsbürger auf der Grundlage der Abkommen von 1991 über den visafreien Austausch zwischen Russland und den südlichen Kurilen Japans sowie über maximal unproblematische Besuche derer ehemaligen japanischen Bewohner ab 1999 zu beenden.

Die russische Seite zieht sich auch aus dem Dialog mit Japan über den Aufbau gemeinsamer wirtschaftlicher Aktivitäten auf den südlichen Kurilen zurück und blockiert die Verlängerung von Japans Status als sektoraler Dialogpartner der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation. Weiter hieß es:

"Die Verantwortung für die Schädigung der bilateralen Zusammenarbeit und Japans eigener Interessen liegt beim offiziellen Tokio, das sich bewusst für einen antirussischen Kurs entschieden hat, anstatt eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zu entwickeln."

Aufgrund der russischen Militäroperation in der Ukraine verhängte Japan mehrere Sanktionspakete gegen Russland. Von den Beschränkungen sind Dutzende von Beamten und Unternehmen sowie die Ausfuhr von Hunderten von Waren betroffen. Am 16. März gab Ministerpräsident Fumio Kishida zudem bekannt, dass Russland vom Handel mit Meistbegünstigung ausgeschlossen worden sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6238c5fdb480cc446d199f18.jpg>

22:31 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Wegen Bidens Äußerungen droht Abbruch der Beziehungen zu USA**

Am 21. März ist der US-Botschafter John J. Sullivan ins russische Außenministerium einbestellt worden. Dem Diplomaten wurde eine Protestnote wegen der jüngsten inakzeptablen Äußerungen des US-Präsidenten Joe Biden über den russischen Präsidenten Wladimir Putin übergeben.

Die beleidigenden Äußerungen von US-Präsident Joe Biden über Wladimir Putin bringen die bilateralen Beziehungen an den Rand des völligen Abbruchs, so meldet das russische Außenministerium. Letzte Woche bezeichnete Biden den russischen Präsidenten Wladimir Putin als einen Kriegsverbrecher, einen mörderischen Diktator und einen reinen Banditen. Nun wurde der US-Botschafter in Russland John J. Sullivan in das russische Außenministerium einbestellt, wo ihm eine entsprechende diplomatische Protestnote überreicht wurde:

"Solche Äußerungen des US-Präsidenten, die eines Staatsmannes von so hohem Rang unwürdig sind, bringen die russisch-amerikanischen Beziehungen an den Rand des Abbruchs."

Sullivan wurde gewarnt, dass feindliche Handlungen gegen Russland "fest und entschlossen zurückgewiesen" würden. Darüber hinaus wurde der Botschafter aufgefordert, "normale Bedingungen für den Betrieb der russischen diplomatischen Vertretungen in den USA zu gewährleisten, einschließlich der Garantien für deren ununterbrochene Arbeit".

Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, bezeichnete die Rhetorik von Biden als inakzeptabel und unentschuldig für den Präsidenten eines Landes, dessen Bomben Hunderttausende von Menschen auf der ganzen Welt getötet hätten.

Peskow führte solche Äußerungen des Chefs des Weißen Hauses auf dessen Reizbarkeit, Müdigkeit und Vergesslichkeit zurück. Der Kremlsprecher betonte, dies sei nicht die erste persönliche Beleidigung Putins durch den derzeitigen US-Staatschef. Gleichzeitig sagte Dmitri Peskow, dass der Kreml das Verhalten Bidens nicht scharf bewerten werde, um keine weiteren Aggressionen zu provozieren.

Auch der Chef von Roskosmos Dmitri Rogosin hatte kürzlich Bidens Worte mit einem Archiv-Video kommentiert, in dem sich Joe Biden mit seinem Vorschlag rühmte, die Bombardierung Belgrads im Jahr 1999 gefordert zu haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6238a2f348fbef12dd333281.jpg>

22:35 de.rt.com: **Russland wirft Ukraine mangelnde Mitwirkung bei Fluchtkorridoren vor**

Russland hat der Ukraine mangelnde Mitwirkung bei der Evakuierung von Zivilisten durch genannte Fluchtkorridore vorgeworfen. Die ukrainische Seite habe am Montag keinem einzigen Korridor zugestimmt, um Menschen nach Russland zu bringen, sagte Generalmajor Michail Misinzew am Montagabend. Millionen Zivilisten würden von der ukrainischen Armee als "menschliche Schutzschilde" festgehalten. Kiew hingegen wirft Moskau immer wieder vor, Ukrainer gegen ihren Willen nach Russland zu bringen.

22:52 de.rt.com: **Kurz nach Bestellung: Pentagon entdeckt 845 Fehler an zukünftigen F35-Tarnkappenjets der Bundeswehr**

Nur wenige Tage nach der Bestellung von etwa 35 F35-Tarnkappenjets der Bundeswehr für etwa 73 Millionen Euro pro Stück gibt es laut einem Bericht des Pentagon zahlreiche Mängel an den Wunderjets – Reaktionen der Bundesregierung sind bislang nicht zu vermelden. Werden hier Steuergelder zum Fenster hinausgeworfen? Die von der Bundesregierung bestellten F35-Tarnkappenjets weisen laut einem Pentagon-Bericht erhebliche Mängel auf, wie ntv berichtet. Zuerst hatte ‚Die Welt‘ mit Fokus auf die NGO Project on Government Oversight (POGO) am Montag darauf verwiesen. So seien insgesamt 845 (!) Fehler an dem zukünftigen Bundeswehr-Jet festgestellt worden, der theoretisch auch Atombomben ins Ziel bringen kann. Noch brisanter: sechs davon seien schwerwiegend und könnten im schlimmsten Fall zu einem Absturz führen.

In Washington hat man bereits die Reißleine gezogen und die Bestellung für die US Air Force um ein Drittel eingedampft: Anstatt der ursprünglich 94 F35-Jets soll die United States Air Force nur noch 61 Maschinen des Herstellers Lockheed bekommen.

Die Informationen kommen freilich zur Unzeit, denn erst letzte Woche hat die Bundesregierung mitgeteilt, die Luftwaffe auf den US-Tarnkappenjet F-35 umrüsten zu wollen. Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht will damit sukzessive die vor mehr als 40 Jahren eingeführte Tornado-Flotte ersetzen. Den F-35 bezeichnete der Luftwaffen-Inspekteur der Bundeswehr Ingo Gerhartz noch am 14. März als "das modernste Kampfflugzeug weltweit".

Ganz anders geht es aus dem neuen Pentagon-Bericht hervor: Demnach seien die Jets sehr unzuverlässig. Die sogenannte Verfügbarkeit der F35-Flotten liege bei nur 65 Prozent. Der Wert bezieht sich auf die Anzahl der jederzeit einsatzbereiten und nicht wegen Wartungsarbeiten ausfallenden Maschinen. Bei vergleichbaren Modellen beträgt dieser Wert

jedoch zwischen 75 und 80 Prozent.

Auch das Triebwerk der F-35 ist anfällig. Nach Angaben der ‚Welt‘ standen Ende September mehr als 50 US-F35 mit Motorenausfall im Hangar – fehlende Ersatzteile sollen die Probleme verursacht haben. Im Pentagon-Bericht heißt es, dass der "Mangel an Ersatzteilbeständen und die begrenzten Reparaturkapazitäten auf Komponentenebene zu den Engpässen bei der Ersatzteilversorgung beitragen", wie POGO berichtet. Dazu kommt eine vergleichbar deutlich längere Zeit für Reparatur- und Wartungsarbeiten an den Turbinen.

Die auch als "fliegende Computer" bezeichneten Jets könnten die Flotte besonders anfällig für Cyberattacken machen. Diesbezügliche Cybersecurity-Tests hätten hier Schwachstellen aufgezeigt.

Zu den möglichen Kosten ist bisher nur wenig bekannt. In den USA stellte sich laut t-online die Entwicklung der F-35 als das bisher teuerste Rüstungsprogramm aller Zeiten heraus. So kostet ein Jet etwa 73 Millionen inklusive Waffensystemen und Ersatzteilen. Bei 35 anvisierten Flugzeugen für die Bundeswehr wären das über 2,5 Milliarden Euro. Doch vor allem der Unterhalt der Jets ist dabei noch nicht mit einberechnet: Nach einem Bericht des Government Accountability Office (GAO), eines neutralen Gremiums des US-Kongresses, stiegen die Kosten der F-35 nach Anschaffung enorm: Umgerechnet etwa 35.000 Euro kostete eine Flugstunde des Flugzeugtyps.

Erste Reaktionen auf den Bericht aus Washington ließen am Montagabend noch auf sich warten. Auch Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) äußerte sich bislang nicht zu dem Papier.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6238e2ea48fbef0747144a87.jpg>

22:55 de.rt.com: **Ukrainischer Zivilschutz: keine Gefahr nach Ammoniak-Austritt in Sumy**

Wie der staatliche Zivilschutz der Ukraine am Montag auf Telegram mitteilte, besteht nach dem Austritt von hochgiftigem Ammoniak aus einem Chemiewerk in der ukrainischen Stadt Sumy keine Gefahr für die Bevölkerung. Durch Beschuss sei ein Tank beschädigt worden. Die betroffene Stelle sei abgedichtet worden. Den Angaben zufolge wurde ein Mitarbeiter des Unternehmens verletzt.

Der regionale Militärführer Dmytro Schywytsky hatte in der Nacht zum Montag an alle Bewohner im Umkreis von fünf Kilometern um das Chemiewerk Sumychemprom appelliert, möglichst Keller oder Wohnungen im Erdgeschoss aufzusuchen, um nicht mit dem Ammoniak in Kontakt zu kommen, da das stark stechend riechende Gas eine geringere Dichte als Luft hat und nach oben steigt.

Das russische Verteidigungsministerium hatte eine Provokation mit giftigen Chemikalien seitens ukrainischer Nationalisten gemeldet. Ein Vertreter des russischen

Verteidigungsministeriums erinnerte an eine Warnung des russischen Militärs vom 19. März, in der sie der Ukraine vorwarfen, unter falscher Flagge eine Provokation durchzuführen und Russland des angeblichen Einsatzes "chemischer Waffen" zu beschuldigen.